



|   |                                    |               |
|---|------------------------------------|---------------|
| <b>Fraktionsantrag</b>  | Vorlage-Nr: <b>VO/2021/168</b>     |               |
| - öffentlich -  | Datum: 16.11.2021                  |               |
| Fachbereich Jugend und Familie  | Ansprechpartner/in: Thomas Voerste |               |
|   | Bearbeiter/in: Krause, Heike       |               |
| <b>Haushalt 2022: Antrag der Fraktionen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, SPD zur Bereitstellung von Planungskosten für Betriebs-Kindergartenplätze in Höhe von 30.000€</b> |                                    |               |
| vorgesehene Beratungsfolge:   |                                    |               |
| Datum   | Gremium                            | Zuständigkeit |
| 17.11.2021  | Jugendhilfeausschuss               | Beratung      |

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag in den Haushalt 2022 Planungskosten in Höhe von 30.000 € für die Machbarkeit von Betriebs-Kindergartenplätzen, auch in Form eines Betriebskindergartens einzustellen.

**1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:** entfällt

**2. Sachverhalt:**

Siehe Antrag

**Relevanz für den Klimaschutz:** nein

**Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Antrag

**Anlage/n:**

Antrag der Fraktionen



Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreishaus  
24768 Rendsburg  
geschaeftsstelle@gruene-fraktion-rd-eck.de



SPD-Kreistagsfraktion  
Kreishaus  
24768 Rendsburg  
spd-fraktion@gmx.de

An die Vorsitzende des Jugendhilfeausschuss  
Frau Nielsen  
Kaiserstr. 8-10  
24768 Rendsburg

Rendsburg, 13.11.2021

**Sitzung des Jugendhilfeausschuss am 17.11.2021**  
**Antrag: Planung von Betriebs-Kindergartenplätzen**

Sehr geehrte Frau Nielsen,

im kommenden Jugendhilfeausschuss beantragen die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD:

**In den Haushalt 2022 werden Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro für die Machbarkeit von Betriebs-Kindergartenplätzen, auch in Form eines Betriebskindergartens, eingestellt.**

**Begründung:**

In der heutigen Zeit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wichtiger. Die Plätze in den Kindertagesstätten sind allerdings nicht überall ausreichend bzw. der gesetzliche Anspruch auf Kindertagesbetreuung kann nicht immer zeit- und bedarfsgerecht erfüllt werden. Da es immer schwieriger wird, Fachpersonal zu akquirieren, ist es sinnvoll, dass auch der Kreis als Arbeitgeber für seine Mitarbeiter\*innen ein Kindertagesbetreuungsangebot fördert. Eine Betriebs-KiTa kann für Fachkräfte ein gutes Argument sein, eine Stelle in der Kreisverwaltung oder bei den Imland-Kliniken in Betracht zu ziehen. Vorhandene Fachkräfte werden stärker an den Kreis gebunden, wenn die Kinderbetreuung durch beispielsweise eine Betriebs-KiTa sichergestellt ist.

Auch die Marke des Arbeitgebers Imland könnte durch eine Betriebs-KiTa oder ein anderes attraktives Betreuungsangebot zukünftig gestärkt werden. Bereits jetzt sind in Rendsburg und Eckernförde kaum freie KiTa-Plätze verfügbar, so ist es umso schwieriger, Plätze für die Mitarbeiter\*innen der Imland-Kliniken vorzuhalten. Durch die Schaffung von verlässlichen Strukturen, in der Plätze für Kinder von Mitarbeiter\*innen des Kreises und der Imland-Kliniken zur Verfügung stehen, kann sich die Gesamtlage der Kita-Plätze im Kreis entspannen. Die unter den bisherigen Mitarbeiter\*innen durchgeführte Bedarfsabfrage hatte zwar eine verhältnismäßig geringe Rücklaufquote, doch die abgegebenen Antworten haben insbeson-

dere für die Imland-Mitarbeiter\*innen einen klaren Bedarf deutlich gemacht. So haben 88% der Umfrageteilnehmer\*innen an der Imland-Klinik angegeben, dass sie ein entsprechendes Betriebs-KiTa-Angebot begrüßen und der Kreis dadurch ein attraktiverer Arbeitgeber werde. Bei den Verwaltungsmitarbeiter\*innen fiel der eingeschätzte Bedarf niedriger aus.

Die beantragten Haushaltsmittel in Höhe von 30.000€ in 2022 sollen eine erste Planung für ein verlässliches und attraktives Betreuungsangebot ermöglichen, die dann als Entscheidungsgrundlage für die konkrete Machbarkeit dient. Auf Grundlage dieser ersten Planung können anschließend in weiteren Beratungen Entscheidungen über Art und Ausgestaltung des Angebotes getroffen werden.

Diese Mittel sind nötig, da laut Aussage der Verwaltung im Jugendhilfeausschuss vom 15.09.2021, eine Machbarkeitseinschätzung mit den derzeitigen Ressourcen nicht umfangreich erarbeitbar ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Christine von Milczewski und Lukas Strathmann  
Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN

Iris Ploog  
SPD-Fraktion